

# Freie Wohlfahrtspflege NRW

Weil sozial „lebens“-relevant ist. #mitwählen

## Forderungen der Expert\*innen in eigener Sache

Armut ist in NRW kein Randthema. Der Sozialbericht des Landes und viele weitere Studien zeigen, dass sich die Anzahl der Menschen, die von Armut betroffen sind, in den letzten Jahren kaum geändert hat. Kinder und Jugendliche sind besonders betroffen. Die Armutszahlen stagnieren auf einem hohen Niveau und verfestigen sich (2019 lag die Armutsrisikoquote bei 17% – im Jahr 2013 bei 16% – Zahlen von IT-NRW). Insbesondere zeigt sich dies bei Kindern und Jugendlichen, die zu einem überdurchschnittlichen Anteil in einkommensarmen Haushalten leben. 2013 lag die Armutsrisikoquote bei 21,3% und 2019 bei 23,1%.

Armut in einem reichen Land wie Deutschland bedeutet: Menschen können sich weniger materielle Dinge leisten, leben in schlechteren Wohnungen, sind eher krank, weil sie weniger Geld für Prävention und Medikamente haben. Sie müssen aus finanziellen Gründen auf soziale und kulturelle Teilhabe verzichten. Ihnen fehlt das Geld, um hin und wieder ins Kino, ins Konzert, in den Zoo zu gehen oder Geschenke für Geburtstage zu kaufen. Kindern fehlen oft die notwendigen Rahmenbedingungen, um in der Schule gute Erfolge zu erzielen.

Soziale Ungleichheiten haben sich durch die Pandemie verschärft. So finden Personen eines einkommensstarken Haushalts in größeren Wohnungen leichter Platz für das Home-Office und die digitale Beschulung der Kinder. Öfter als bei armutsgefährdeten Haushalten bietet ein Balkon oder Garten Ausweichmöglichkeit und Entspannung. Einkommensarmen Menschen fehlen die finanziellen Mittel für das Alltägliche in der Pandemie wie z. B. Masken, Selbsttests oder die Busfahrkarte zum Impfzentrum. Personen aus einkommensarmen Haushalten leben häufiger in beengten Wohnverhältnissen, die keinen Platz für Schule und Beruf lassen. Sie verfügen nicht über die notwendige Hard- und Software, um am digitalen Leben teilhaben zu können oder Termine bei Ämtern, Ärzten usw. vereinbaren zu können.

In Politik und Verwaltung muss anerkannt werden, dass Armut strukturelle Ursachen hat. Sie ist nicht nur durch Arbeit und durch individuelle Anstrengungen zu bekämpfen. Um Armut und Ausgrenzung nachhaltig zu bekämpfen, braucht es mehr als Programme und Projekte, die die Lebenssituation vieler Betroffener nur punktuell verbessern.

Ein weiteres anzugehendes Problem ist die eingeschränkte Erreichbarkeit von Behörden und Ämtern. Während der Pandemie und im Zuge von Verwaltungsvereinfachungen durch digitale Anträge und Hotlines wird ein Teil der Leistungsberechtigten von der Inanspruchnahme von Leistungen ausgeschlossen. Wenn dann Sachfragen nicht geklärt werden können, entstehen schnell existenzielle Notlagen. Dies muss geändert werden, indem die Zugänge zu Behörden wie Sozialamt, Wohnungsamt, Ausländeramt, Jobcenter, Agentur für Arbeit niedrigschwellig und analog geöffnet und erhalten bleiben. Erforderlich sind dauerhaft tägliche Öffnungszeiten mit der Möglichkeit eines persönlichen Beratungsgesprächs. Beantragung und Beratung über existenzielle Hilfen ist zu gewährleisten. Notlagen von Armutsbetroffenen wiegen mehr als die Verwaltungsvereinfachung durch eine digitale Antragstellung oder eine telefonische Hotline.

# Freie Wohlfahrtspflege NRW

## Wir fordern:

- lokale Selbsthilfestrukturen für von Armut betroffene Menschen, die dauerhaft gefördert und professionell unterstützt werden.
- dass zielgruppenspezifische Beteiligungsverfahren (z. B. Beiräte in Jobcentern und Verwaltungen, Ausbau des Einbezugs sozial Erfahrener) konzeptionell entwickelt und implementiert werden.
- dass der Zugang zur digitalen Welt niedrigschwellig für alle ermöglicht wird durch digitale Lernräume im Quartier und digitale Endgeräte auch für bedürftige Erwachsene.
- dass Angebote zur Stärkung der seelischen Gesundheit und zur Prävention psychischer Erkrankungen für von Armut bedrohte und betroffene Zielgruppen (weiter-)entwickelt und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden.
- dass Gesetzesvorschläge hinsichtlich der Auswirkungen auf die Armutsentwicklung geprüft werden. Veränderungen wie gerade im Kontext des Klimaschutzes, die Preissteigerungen beinhalten, müssen sich an den niedrigen Einkommen orientieren. Gesetze oder Richtlinien dürfen nicht zur Stabilisierung von Armut und Ausgrenzung beitragen oder zu weiteren Belastungen von einkommensarmen Haushalten.

Die Mitgliedsverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW und einige Expert\*innen in eigener Sache stehen zur Verfügung, um ihre Lösungen vorzustellen.

**Weil sozial „lebens“-relevant ist.**

April 2022